Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 12	21. November 1921	Jahrg. III

1. Anschlußbewegung in Tirol.

Im Zusammenhang mit dem Abenteuer des Exkönigs Karl verdient die Tiroler Anschlußbewegung neuerlich Beachtung. Nach dem „Tiroler" (wiedergegeben im „Bayr. Kur." v. 21. 10. 21) erwägt Tirol eine Selbständigkeitserklärung, falls der wirtschaftliche Zusammenbruch des österr. Bundesstaates oder ein Rechts- oder Linksputsch in Wien dazu treibe. Den sofortigen Anschluß an Deutschland erachten alle Landtagsparteien mit Ausnahme der schwachen großdeutschen Gruppe für undurchführbar, schon um Deutschlands politische Schwierigkeiten nicht zu vermehren. Wohl aber müsse man sich für diesen Fall Kredithilfe, Lebensmittellieferungen von Bayern sichern. Die von zwei Abgesandten der Tiroler Landesregierung mit der bayr. Regierung angebahnten Verhandlungen seien durch den Rücktritt der Regierung Kahr unterbrochen worden, gegenüber der neuen Regierung Lerchenfeld bewahre man eine abwartende Haltung.

Einer Korrespondenz, deren Zuverlässigkeit in allen Einzelheiten freilich nicht feststeht, entnehmen wir folgende interessante Angaben. Landeshauptmann Steidle der etwa 15 000 Mann umfassenden Tiroler Heimatwehr, habe eine Verständigung mit der republikanischen, überwiegend sozialistischen Volkswehr gesucht und sei mit ungefähr zwei Dritteln seiner Leute zu ihr abgeschwenkt. Der Rest unter General Danke, der bisher in engster Verbindung mit der bayrischen Orka stand, gehe eigene Wege, er wolle die deutsche Irredenta in Südtirol stärken durch eine „südliche Orientierung". Mit dieser euphemistischen Bezeichnung verdeckt man zuerst den Plan der Angliederung an Italien; denn träte man damit offen hervor, würde man wohl auch diejenigen Anhänger zurückstoßen, bei denen die Abneigung gegen die republikanische Staatsform und das verjudete Wien stark genug ist, um sie in die bedenklichsten Abenteuer hineinzutreiben. Für die deutschen Juden gibt es in dieser wie in allen außenpolitischen Fragen des Deutschen Reiches keine Sonderpolitik. So wenig wir übersehen, daß der Anschluß Oesterreichs neben dem unschätzbaren ideellen Gewinn auch starke wirtschaftliche und politische Belastungen bringen würde — man denke nur an den oft überspannten Nationalismus und die unerfreulichen Kampfmethoden, die den Deutschen Oesterreichs durch ihren jahrzehntelangen verzweifelten Kampf gegen Polen, Tschechen, Slovenen, Magyaren und Italiener anerzogen wurden — so würden wir doch mit der überwältigenden Mehrheit unserer nichtjüdischen Mitbürger den Zuwachs von 6 Millionen deutscher Landsleute, darunter viele Hunderttausend Glaubensgenossen, freudig begrüßen, sobald er ohne machtpolitische Abenteuer zu gewinnen ist, die Deutschland in neue Gefahren stürzen würden. Bedenklich stimmt uns nur die Begleiterscheinung, daß die Anschlußbewegung wegen ihrer populären Wirkung häufig von Antisemiten dies- und jenseits der Grenze zur Förderung ihrer Parteiziele mißbraucht wird. Die bayr. Nationalsozialisten möchten es ja immer so hinstellen, als ob sie die einzige Partei im Deutschen Reich wären, die sich der Brüder in Oesterreich annehmen. Ihr Gönner, Herr Pöhner, begab sich gleich nach seinem nicht ganz freiwilligen Rücktritt vom Amt des Münchener Polizeipräsidenten nach Innsbruck, um mit den dortigen Führern der Heimatwehr über Anschlußfragen zu verhandeln. Und wenn wir in dem oben angeführten Artikel des „Tiroler" lesen, daß gegen den Willen und zum großen Aerger der Tiroler Landesregierung Hans in der Mauer, der Herausgeber der stark antisemitischen Innsbrucker Tageszeitung „Alpenland", mit zwei Freunden zum Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld gefahren sei, müssen wir argwöhnisch werden. Zuerst lehnte der Ministerpräsident einen Empfang ab, als Hans in der Mauer ein

zweites Mal kam, nahm er nur seinen Bericht entgegen, erklärte ihm aber, daß er wirtschaftliche Verhandlungen nur mit berufenen Stellen führen könne.

Diese üble Geschäftigkeit antisemitischer Berufspolitiker kann der guten Sache der Tiroler nur schaden; manche Leute, die immer ihr Deutschtum im Mund führen und sich als Hüter der großdeutschen Idee aufspielen, möchten *Bayern in Unternehmungen verwickeln, die den Zusammenhang mit dem Reich lockern* und deshalb das kaum besänftigte Mißtrauen der Reichsregierung gegen Bayern von neuem wecken müßten. Genau so wie jene deutschösterreichischen Offiziere — das vom ungarischen Pressedienst nicht sehr überzeugend dementierte Gerücht will wissen, daß auch Angehörige *des Freikorps Oberland und ehemalige bayr. Offiziere mit ihnen gewesen seien* — die lieber den Deutschen Oesterreichs den einzigen Gewinn aus dem Frieden von Trianon, das Burgenland vorenthalten als der verhaßten verjudeten Republik einen Erfolg zukommen lassen wollten.

Wir Juden, die wir für uns in Anspruch nehmen dürfen, daß wir an Treue zum Reich hinter keinem anderen zurückstehen, müssen deshalb auf all diese Machenschaften antisemitischer Sonderpolitiker ein wachsames Auge haben.

2. Die antisemitische Rassenbewegung im christlichen Urteil.

Von M. *Abraham*, Berlin.

Unter dem Titel „Die antisemitische Rassenbewegung im christlichen Urteil" legt Liz. *Hellmut Eberlein* in der „*Neuen kirchlichen Zeitschrift*" vom September 1921 (Jahrgang 32, Heft 9, Seite 490—516) seine eigene Stellung zu der so unerfreulichen, lärmenden Erscheinung unserer Tage dar. Eberlein bekennt sich als ein entschiedener Gegner des modernen Judentums, gegen das ein Kampf nötig sei. Er schätzt die antisemitische Rassenbewegung und freut sich ihrer wegen des positiven idealen Gehaltes, der in ihr lebt. Dennoch gestaltet sich sein Urteil zu einer Verurteilung des Zieles, der Beweggründe, der Wege und der Methoden der antisemitischen Rassenbewegung, offensichtlich auch aus Zwang zu wissenschaftlicher Ehrlichkeit, nach seiner eigenen Angabe „wegen der großen und inneren Gefahren, die ihre Behauptungen und Lehren für das Christentum und die Kirche in sich schließen."

Er führt aus:

1. Zunächst muß man sich gegen *die große Mißachtung und Verzerrung des Alten Testaments) wenden, die in der antisemitischen Rassebewegung, besonders in den Kreisen der Erzieher und Religionslehrer zu Tage tritt.** Würden gar, wie es von dieser Seite gefordert wird, die angehenden Theologen nicht mehr hebräisch lernen, so wären allesamt noch mehr der Behauptungen der Rasselehrer schutzlos preisgegeben.

Der Verfasser stellt die Hauptansichten der Rasseantisemiten über die Religion, Geschichte, das Volk und den Gott des Alten Testaments kurz zusammen, sucht nicht das Einzelne zu widerlegen, sagt, daß das Prinzipielle das Entscheidende sei und zeigt, indem er die folgenden Grundsätze darlegt, was dem antisemitischen Rasselehrer vorzuwerfen ist:

a) Alle Behauptungen sind als unwissenschaftlich abzulehnen, die nicht irgendwie literarisch oder historisch gesicherte Anhaltspunkte für sich haben. So sind z. B. Fritsch' Behauptungen über die großen Männer der Bibel, besonders ihre Blutmischung, nichts als reine Phantasien.

b) Das Alte Testament muß in seinen Teilen wie als Ganzes „geschichtlich" verstanden werden. Es geht nicht an, völlig auseinanderliegende Partien, Schriften und Zeiten, etwa Patriarchen und Schulchan Aruch auf eine Linie zu setzen.

c) Es muß unparteiische Gerechtigkeit walten. Es darf nicht unter allen möglichen Auslegungen immer nur die schlimmste herangezogen, auch nicht ein strengerer Maßstab an Israel als an andere Völker gelegt werden.

d) Die antisemitische Rassenbewegung verschiebt den Hauptgesichtspunkt von der Geschichte ins Blut. Für das Verständnis und die Beurteilung des Alten Testaments kommt aber nicht die Rassenfrage in entscheidenden Betracht, sondern das Werden und Wachsen des durch göttliche Fügungen, durch Lebensschicksale, durch Religion und Geschichte zusammengeschweißten Volkes Israel.

e) Die Darstellung muß *wahrheitsgetreu* sein. Insbesondere muß eine genauere Untersuchung und Beachtung der unterschiedlichen religiösen Höhenlage innerhalb des alttestamentlichen Volkes erfolgen. Die durcheinanderfließenden religiösen Strömungen über einen Leisten zu schlagen, ist ein Unding.

f) Schließlich ist es ein Grundfehler dieser Gegner des Alten Testaments, in ihrem blinden Fanatismus Jehova und Israel, Volk und Gott wie identisch durcheinander zu werfen. Trotzdem die jüdische Geschichte vom ersten bis zum letzten Blatte einen tiefen Unterschied, ja Gegensatz zwischen beiden offenbart, sollen dennoch die Sünden und Mängel des alttestamentarischen Volkes dazu dienen, die Fehlerhaftigkeit und Schwächen des alttestamentlichen Gottes zu belegen.

Wir verlangen, so resümiert der Verfasser, *mehr wirkliche Bekannschaft mit dem Alten Testament, mehr Gerechtigkeit und Wahrheitssinn auch dem israelitischen Volk gegenüber, ganz besonders aber mehr innere Achtung vor dem alttestamentlichen Gott.*

2. Wie steht es um die Behauptung, daß *Jesus ein Arier* gewesen sei?

a) Wenn in Galiläa, Jesus' Heimat, nach 722 v. Chr. assyrische, also arische Kolonisten, angesiedelt worden waren, so geht daraus noch lange nicht hervor, daß zur Zeit der Geburt Christi Galiläa nur von Ariern bewohnt gewesen ist. Will man dies nicht behaupten, so gibt es auch keinen Beweis dafür, daß Jesus den nichtjüdischen Galiläern angehört. Trotz ihrer Feindschaft gegen Jesus bezweifeln die Juden nie seine jüdische Herkunft. Außerdem wird im Neuen Testament ausdrücklich seine jüdische Abstammung, sogar seine Abstammung vom Davidischen Herrscherhause bezeugt. Daß der Wunsch der Vater des Gedankens ist, zeigt Dinters offenes (wir möchten sagen: zynisches) Geständnis: „Selbst wenn die jüdische Abstammung Jesus durch alle dort angeführten 42 Geschlechter notariell verbrieft wäre, so hielte ich diese 42 Notare eher als Gauner oder für Opfer einer

*) Vom Verfasser (Eberlein) gesperrt.

Zur Polemik des Rechtsanwalts Dr. Max Naumann

gegen den Syndikus des Centralvereins Dr. Ludwig Holländer.

Von Justizrat J. Brodnitz.

Ende Februar d. J. sandte Dr. Holländer an einen beschränkten Kreis von Vertrauensleuten des Centralvereins eine „Denkschrift über die Bestrebungen des Rechtsanwalts Dr. Max Naumann in Berlin auf Begründung eines Verbandes nationaldeutscher Juden“, in der er in einem ersten Abschnitt die Vorgeschichte der Naumannschen Bewegung wiedergab, in einem zweiten den Inhalt der Broschüre „vom nationaldeutschen Juden“ einer eingehenden Betrachtung unterzog und in einem dritten Schlußkapitel eine Kritik der Bestrebungen lieferte.

Die Denkschrift von Dr. Holländer stellt eine Verteidigung dar, die er als Syndikus des Centralvereins notwendigerweise gegen Angriffe vornehmen mußte, welche geeignet waren, den Verein in den Augen der deutschen Judenheit herabzusetzen und seine Daseinsberechtigung in Frage zu ziehen.

Im April 1921 übergab Dr. Naumann der Oeffentlichkeit eine Gegenschrift, die im Gegensatz zu der Holländerschen Denkschrift als „Nicht vertraulich“ bezeichnet war und den Vermerk trug: „Weitergabe erwünscht“.

Was diese kleinen Vorbemerkungen schwach andeuten, läßt der Titel der Schrift klar hervortreten: „Denkschrift über die Treibereien des Syndikus Dr. Ludwig Holländer in Berlin betreffend den Verband nationaldeutscher Juden“.

Der vertraulichen, lediglich für die Kenntnisnahme eines engen Kreises bestimmten Denkschrift Dr. Holländers, die nicht nur hierdurch, sondern auch durch ihren sachlichen Titel die Absicht erkennen ließ, auf die Strömungen als solche einzugehen — wobei Dr. Naumanns, als ihrem Repräsentanten, des öfteren Erwähnung getan werden mußte —, stellte Dr. Naumann seine Schrift entgegen, die schon äußerlich als ihr Ziel die Verunglimpfung Dr. Holländers vor der breitesten Oeffentlichkeit bezeichnete.

Ohne diese Taktik zu kennzeichnen, die für die Stärke der Naumannschen Bewegung mancherlei Schlußfolgerungen zuließe (Holländer — argumenta in rem — Naumann — argumenta in personam — ein Kunstgriff, über dessen innere Gründe man bei Schopenhauer „Eristische Dialektik“ Interessantes nachlesen kann) wollen wir die Vorwürfe einer kritischen Betrachtung unterziehen, durch die versucht wird, die Ehre des Dr. Holländer anzutasten.

Damit sich jeder selbst ein Urteil bilden kann, seien die drei Stellen nebeneinandergesetzt, die die Grundlage der Naumannschen Schmähungen bilden:

In der **Denkschrift Dr. Holländers** heißt es S. 2, am Ende von I:

Es ist bekannt, was er (Naumann) dort (im Januarheft „Im Deutschen Reich“ 1921 S. 28) ausgeführt hat: „Der Versuch, mit den Jüdischnationalen eine Einheitsfront zu bilden, bedeutet nichts weniger als die Aufgabe des Deutschtums zugunsten des Judentums, und so sei der Centralverein mit Recht als ein Element der sogenannten Zwischenschicht gekennzeichnet.“

In dem **Artikel Dr. Naumanns** „Im Deutschen Reich“ I/21 S. 28, hieß es:

. . . . so bedeutet der Versuch, mit den Jüdischnationalen eine Einheitsfront zu bilden, nichts weniger als die Aufgabe des Deutschtums zugunsten des Judentums.

Dr. Naumann äußert sich zu der nebenstehenden Stelle aus der Denkschrift des Dr. Holländer folgendermaßen (Denkschrift Dr. Naumanns S. 4 Abs. 3):

Herr Dr. Holländer sagt von diesem meinem Aufsatze wörtlich: „„Es ist bekannt, was dort angeführt ist: „Der Versuch, mit den Jüdischnationalen eine Einheitsfront zu bilden, bedeutet nichts weniger als die Aufgabe des Deutschtums zugunsten des Judentums, und so sei der Centralverein mit Recht als ein Element der sogenannten Zwischenschicht gekennzeichnet.““ Die hier in Sperrdruck gesetzten Worte sind in der Denkschrift des Herrn Dr. Holländer mit dem ersten Teile des Satzes gemeinsam in Anführungsstriche eingeschlossen, so daß also jeder, der den Satz in dieser Form liest, annehmen muß, der Satz stamme wörtlich aus meinem Aufsatze.

Herr Dr. Naumann versteift sich auf die zu weit gesetzten Anführungsstriche, die den Nachsatz ihm zuschieben sollen. Er hat mit den Anführungsstrichen Recht. Aber er übersieht in seinem nationaldeutschen Sprachempfinden, daß der nicht seiner Feder entflossene Nachsatz im Gegensatz zu dem Vorsatz im Konjunktiv steht, von dem sorgsam Lesenden, wenn er eben Sprachgefühl hat, als unorganisch empfunden werden muß, die Anführungsstriche also als das erscheinen, was sie sind: als ein technisches Versehen, ein Druckfehler.

Herr Dr. Naumann will durch Belebung des Geistes sein Ziel erreichen — und klammert sich hier, um zu töten, an die Form.

Die zweite beanstandete Stelle:

In der **Denkschrift Dr. Holländers** heißt es S. 6 zu Beginn III:

In einem Briefe erklärt Dr. Naumann, die Arbeit des Centralvereins habe nichts geholfen, der Judenhaß sei schlimmer geworden: „Wozu brauchen wir den Centralverein!“

In der **Denkschrift Dr. Naumanns** heißt es hierzu S. 5, III:

Der zweite Satz dieses Absatzes lautet: „„In einem Brief erklärt Dr. Naumann, die Arbeit des Centralvereins habe nichts geholfen, der Judenhaß sei schlimmer geworden: W o z u b r a u c h e n w i r d e n C e n t r a l v e r e i n!““ Der im Sperrdruck gesetzte Satz ist wieder in der Denkschrift in Anführungsstriche eingeschlossen, d. h. **es soll wieder dem Leser vorgetäuscht werden, daß ich diesen Satz geschrieben hätte. Ich habe ihn weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach je geschrieben.**

Hier erscheint uns Herrn Dr. Naumanns Erregung noch künstlicher.

Dr. Holländer gibt den betreffenden Passus des Naumannschen Briefes in indirekter Rede wieder. Und um zu kennzeichnen, daß er, Holländer, den logischen Schluß dieses Briefes selbst ziehe, setzt er ihn, in direkter Rede, in Anführungsstriche. Herr Dr. Holländer hat seine zusammenfassende Meinung sogar sehr milde ausgedrückt. In dem Briefe Dr. Naumanns, der hier zitiert wird, heißt die betreffende Stelle wörtlich:

„D e r v o n I h n e n e r w ä h n t e C e n t r a l v e r e i n, d e r u r s p r ü n g l i c h v o n s e h r g e s u n d e n I d e e n a u s g i n g, i s t g a n z u n d g a r i n d a s z w i s c h e n s c h i c h t l i c h e F a h r w a s s e r g e r a t e n. S e i n e T ä t i g k e i t i s t z u r z e i t m e i n e r A n s i c h t n a c h e h e r s c h ä d l i c h a l s n ü t z l i c h. E r w i l l d a s G u t e u n d s c h a f f t d a s B ö s e, ...“

So willkürliches, so absichtliches Mißverstehen zur Unterlage von so schweren Beleidigungen zu machen, ist, gelinde gesagt, leichtfertig.

Noch stärker tritt der reine Wille zur persönlichen Kränkung an der dritten Stelle hervor:

In der **Denkschrift Dr. Holländers** heißt es S. 7, Punkt 4:

Das Schlimmste bei den Ausführungen Naumanns ist die versuchte Einstellung der deutschen Juden auf eine politische Partei, offenbar die Deutsche Volkspartei.

S. 8, Punkt 7:

Besonders bedenklich wird die Neugründung deshalb sein, weil sie die deutschen Juden in einen o f f e n e n G e g e n s a t z z u r S o z i a l d e m o k r a t i e notwendig bringen muß. Wer weiß, von wie entscheidender Bedeutung die Stellung d e s A r b e i t e r s z u m A n t i s e m i t i s m u s ist, wird alles zu vermeiden suchen, was die Sozialdemokratie herausfordern kann. Dies wird aber die erste Folge der neuen Gründung sein, und deshalb kann sie geradezu verheerend wirken.

In der **Denkschrift Dr. Naumanns** heißt es S. 6, Punkt 4 und 7:

Nur ein Punkt bedarf der sofortigen Richtigstellung und dieser Punkt ist allerdings ein Kardinalpunkt. H e r r D r. H o l l ä n d e r s c h r e i b t w ö r t l i c h u n t e r 4: „D a s S c h l i m m s t e b e i d e n A u s f ü h r u n g e n N a u m a n n s i s t d i e v e r s u c h t e E i n s t e l l u n g d e r d e u t s c h e n J u d e n a u f e i n e p o l i t i s c h e P a r t e i, o f f e n b a r d i e D e u t s c h e V o l k s p a r t e i.“ Da vorher seitenlang hauptsächlich von meiner Broschüre die Rede gewesen ist, muß und soll der Leser aus diesem Satz schließen, mit meiner Broschüre, wie überhaupt im Rahmen meiner Bestrebungen bezüglich des Verbandes nationaldeutscher Juden werde versucht, Juden zur Deutschen Volkspartei hinüberzuziehen. **Ich stelle fest, daß diese Darstellung unwahr ist, und daß die Unwahrheit Herrn Dr. Holländer bekannt sein mußte,** als er seine Denkschrift in Druck gab.

H i e r f e h l t a u c h d i e S p u r e i n e r B e r e c h t i g u n g für die Anschuldigungen des Dr. Naumann.

Schon die eingangs wiedergegebene Disposition der Holländerschen Denkschrift, die die Untersuchung der Broschüre im zweiten Absatz vornimmt und im letzten die taktischen und politischen Schlüsse zieht, die als notwendig erscheinen, zeigt die Unhaltbarkeit der Naumannschen Behauptungen. Herr Dr. Naumann unterstellt seinem Gegner Absichten, um das moralische Recht daraus abzuleiten, dieselben Waffen zu gebrauchen, die jener benutzt haben soll.

Das klare Ergebnis dieser Gegenüberstellungen ist die Erkenntnis von der Haltlosigkeit der Naumannschen Beschuldigungen.

Das einzige, worüber Dr. Naumann mit — formellem — Rechte stolpern konnte, waren zwei — Gänsefüßchen.

Vereinsdruckerei, Berlin NO. 112.

Gaunerei, als daß ich an die jüdische Abstammung Jesus glauben könnte." Deutlicher kann man nicht sagen: Stat pro ratione voluntas.

b) Auch die seelische Analyse, die auf Jesus' Kampfstellung gegen die Juden aufgebaut wird und zu obigem Resultat führen soll, ist unzutreffend. Für Jesus steht ganz fest, daß die Juden nach Gottes Heilsplan in erster Linie die Kinder seines Reiches sind. Jesus Seele lebt und webt im Alten Testament. — Vor allem: Jesus kennt keinen Unterschied zwischen seinem Vater im Himmel und dem Gotte des Alten Bundes, der auch ein Gott der Liebe und des Erbarmens ist. Nur wer das Alte Testament nicht gründlich kennt, mag behaupten, daß Jehova ein Gott bloß der Unbarmherzigkeit ist.

Und umgekehrt: Bloß wer die Evangelien nicht gründlich kennt, mag behaupten, daß Jesus von Zorn und Furcht und Gericht seines Gottes nichts wisse. Es ist in beiden Testamenten derselbe Gott; er ist Liebe und Heiligkeit zugleich. —

Wir können die Behauptung, Jesus sei Arier gewesen nach Rasse und Gemüt, nur für eine fixe Idee halten.

3. Eine weitere entschiedene Zurückweisung, sagt der Verfasser, macht notwendig das grenzenlose Unverständnis, mit dem die Rasselehrer der geschichtlich gewordenen Gestalt des Christentumes, der Kirche und zumal in ihrer reformatorischen Ausprägung gegenüberstehen. Der antisemitischen Kampfansage gegen die Urchristenheit und ihren jüdischen Geist liegt nichts anderes zugrunde als die grundsätzliche Antipathie gegen das Judentum und gegen alles, was historisch oder innerlich irgendwie mit ihm in Berührung steht. Völlige Loslösung und Abkehr von ihm, Schaffung von neuen Religionen, ist daher das Ziel, das Dinter bangend — hoffend herbeisehnt: „Dann endlich wird uns deutschen Christen der neue Luther erstehen, der des ersten Luthers Tat zu Ende bringt, unsere christliche Religion vom Judentum und uns selbst vom Juden in uns und um uns frei zu machen, der der jüdischen Gorgo ein für allemal das Haupt abschlägt?" Demgegenüber erklärt der Verfasser: Die Zukunft liegt nicht in dem Bilden einer neuen Religion, sondern in dem Reifen der alten, christlichen.

4. Zum Dogma vom Schwergewicht der Rasse, von dem Uebergewicht des Blutes über den Geist, zu dem Dogma: „Religion und Rasse ist eins," äußert sich der Verfasser dahin:

a) Eine Ungleichheit der Rassen soll nicht bestritten werden. Es ist aber nicht sicher, daß die weiße Rasse durchaus jeder anderen und dauernd überlegen ist. Es muß abgewartet werden, welche Kräfte noch in der andern schlummern und entbunden werden können.

b) Was aber ist bestimmend für das Wesen und Leben eines Volkes? Eine Fülle von Imponderabilien. Rasse und Blut ist bei weitem nicht alles. Geschichtliche und religiöse Tatsachen und Persönlichkeiten, Menschenseele, Menschengeschichte tragen wesentlich bei. Das Christentum kann sich zwar in verschiedener Ausprägung, aber in geicher Macht in den verschiedenen Völkern äußern. Was Eberlein im Hinblick auf Jesus sagt, ist auf alle seine Jünger auszudehnen: „Vor einer derartigen Erscheinung schrumpfen die Eigentümlichkeiten der Rasse zu einem Nichts zusammen."

c) Mit der ausschließlichen Verherrlichung der germanischen Rasse fallen die Antisemiten in den nämlichen Fehler wie ihre Todfeinde, die Juden. Gerade das Erleben der letzten Jahre in unserem Volke mit dessen innerem Versagen und die gesamte Geschichte des Germanenvolkes halten uns dieselbe tragische Bußpredigt wie die gesamte Geschichte des jüdischen Volkes. Segen und Fluch, Wert oder Unwert eines Volkes hängt nimmermehr ab von Blut und Rasse, sondern von Seele und Gesinnung, ganz besonders aber von seinem religiösen, christlichen Werden und Reifen.

5. Die antisemitische Rassenbewegung lehnt scharf eine besondere Gottesoffenbarung ab. In der semitischen Offenbarungsreligion habe der Wille die Vorherrschaft über die Vernunft; sie ist religiöser Materialismus. Ihr steht als eigentliche und wahre Religion die arische gegenüber, die von symbolischer Phantasietätigkeit durchweht ist. a) Eberlein charakterisiert Dinters Religion als philosophische Metaphysik, verbunden mit krassem Spiritismus. Aber Geisterglaube ist noch lange nicht Gottesglaube, Umgang mit diesen verschließt die Tür und den Zugang zu Gott. In dem Alten Testament haben wir wirkliche Offenbarung und damit Kenntnis von Gott. b) In die Tatsache, daß das jüdische Volk zur Wurzel der christlichen Religion geworden ist, können und wollen sich die Gedanken der antisemitischen Rassenverfechter nicht finden, um die religiöse Auserwähltheit Israels nicht anzuerkennen. Aber Israel ist auserwählt, keineswegs Israel, sondern Gott zu Ehre, weil so allein (an diesem verderbten Volke!) das Wesen der Sünde, der Offenbarung, der Gnade im tiefsten Kern und am klarsten in Erscheinung treten konnte.

6. Die Rasselehrer degradieren die christliche Ethik. Indem sie das Hauptgewicht auf die Reinhaltung des Blutes legen, tritt die Erziehung des Charakters zurück. Es ist eine arge Täuschung, daß reines Blut von selbst reine Gesinnung gibt. Sie haben wenig offene Augen für das vorhandene Edle und Gute in der jüdischen Rasse und Geschichte. — Nach Eberlein soll der Monotheismus eine religiöse Verarmung bedeuten. In Wahrheit sind die sogenannten Bereicherungen, für die sich manche Führer begeistern: weibliche Gottheiten (Delitzsch), Marien- und Heiligenverehrung (Lagarde), das nordländische Herrenmenschtum (Fritsch, Dinter) bedenkliche sittlich-religiöse Rückschritte.

7. Der Verfasser sagt am Schlusse seiner Abhandlung: „Wir haben am Anfang ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir das moderne Judentum für eine sehr große Gefahr und seinen zersetzenden Einfluß im sozialen, nationalen und religiösen Leben für ein am Leben und an der Seele unseres Volkes fressendes Gift halten. Die Hauptschuld liegt aber doch an denen, die nicht die innere Kraft aufbringen, ihr eigenes Volkstum und eigene Volksart gegen alle fremden Einflüsse rein zu halten und durchzusetzen. Wir selber müssen wieder wirkliche Deutsche und überzeugte Christen werden. Das ist die beste Waffe gegen fremdes Gift. Das ist wirklicher Antisemitismus."

Wir meinen, daß gegen solchen Antisemitismus von unserer Seite nichts einzuwenden ist.

3. Firma von Halem.

Aus Brasilien und Samoa gingen uns Beschwerden darüber zu, daß die Bremer Firma von Halem, die unter den im Ausland lebenden deutschen Juden viele Kunden zählt, sich dazu hergibt, antisemitische Propaganda zu treiben. Neben dem Beilegen antisemitischer Flugblätter wurde daran Anstoß genommen, daß in der Broschüre der Firma von Halem den „Bremer Nachrichten vom Büchermarkt" die deutschvölkische Literatur in unverhältnismäßig starker Anzahl vertreten sei.

Durch die Rücksprache eines unserer Vorstandsmitglieder mit einem Aufsichtsratsmitglied wurde erreicht, daß fortan weder Annoncen von Verlegern antisemitischer, noch philosemitischer Literatur aufgenommen werden sollen. In der neuesten Nummer der „Bremer Nachrichten" sind die Anzeigen der antisemitischen Verleger bereits ausgemerzt.

4. Vorspruch zur Opferwochenfeier in Steele

Aus der Fülle der uns eingesandten Prologe, durch welche die Veranstaltungen in der Opferwoche eingeleitet wurden, geben wir nachstehend einen besonderen eindrucksvollen Vorspruch von Prediger A. Katzenstein-Steele wieder:

In Israels Landen tobt einst der Krieg,
Es lagert der Feind vor den Toren von Jabes.
Man bittet um Frieden, doch stellet der Haß gar harte Bedingung.
Ein Auge geblendet werde den Männern — als Schmach für das Land — verkündete Nahas.
Und Saul rief mit Samuel das Land auf zum Kampf;
Israels Söhne rächten die Schmach,
Es fehlte nicht einer.

Am Feste der Hütten tönt Jubel und Lachen
Durch Lande und Gauen. Des Jahres Ernte
Ist glücklich gebracht in Tenne und Kelter.
Nun eilen die Schnitter zum Tempel auf Zion,
Mit Palmen und Hallel zu bringen das Opfer.
Danket dem Herrn, der gesegnet die Fluren,
Sang man begeistert in Jerusalems Toren.
Es fehlte nicht einer.

Zum heiligen Opfer rufen wir wieder, bringt es Euch selber.
Vom Hasse umdrängt wie niemals zuvor sind Israels Söhne. —
Man fordert diesmal nicht nur das Auge, man fordert das Leben.
Die Heimat, die Ehre will man Euch rauben.
Sind Judas Söhne auch diesmal bereit zum Opfer für alle?
Wohlan — zeigt würdig der Väter Euch heute. —
Es fehle nicht einer. —

5. Deutschnationale Volkspartei.

Das „Deutsche Tageblatt" bringt in seiner Nr. 154 vom 15. November 1921 die Mitteilung, auf dem Parteitag des Landesverbandes Pommern der Deutschnationalen Volkspartei in Stettin am 14. 11. 21 sei der Beschluß gefaßt, die Juden aus der Partei auszuschließen und keine mehr aufzunehmen. Die Annahme dieses Beschlusses löste stürmischen Beifall aus.

6. Entpolitisierung der Reichswehr.

Nachdem im März 1921 auf Grund des § 36 des Wehrgesetzes vom Reichswehrministerium den Angehörigen der Reichswehr verboten ist, den Organisationen der politischen Parteien, dem Nationalverband Deutscher Offiziziere, dem Verband nationalgesinnter Soldaten, dem Republikanischen Führerbund und der Offiziersvereinigung der deutschen Republik beizutreten, ist dieses Verbot jetzt ausgedehnt auf folgende Vereinigungen: Alldeutscher Verband, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Bund der Aufrechten, Deutsche Friedensgesellschaft.

7. Adolf Bartels — der neue Lessing.

Im September-Heft der Zeitschrift „Deutscher Volkswart" beschäftigt sich Dr. Karl Schneider in einem längeren Artikel mit dem Buch „Lessing und die Juden" von Adolf Bartels, in dem Lessing vom deutschvölkischen Standpunkt aus „gewürdigt" wird. Der Kritiker ist ebenso wie Bartels der Ansicht, daß das Goethesche Wort „Ein Mann wie Lessing täte uns not" auch heute noch volle Berechtigung hat und fährt in diesem Zusammenhang fort:

„Freilich würde der Lessing von heute, darin hat Bartels vollkommen recht, sich vom Verfasser der „Juden" und des „Nathan" vollkommen unterscheiden müssen: wie jener aus seiner rationalistischen Denkweise heraus für das angeblich aus religiösem Haß unterdrückte Judentum und seine „Gleichberechtigung", so müßte — und man darf zuversichtlich aussprechen: so würde — dieser Lessing von heute aus vertiefter Erkenntnis des Rassengegensatzes zwischen Deutschen und Juden wie der vernichtenden Wirkung dieser jüdischen „Gleichberechtigung" auf unser geistiges wie sonstiges Gemeinschaftsleben gegen das Judentum und seine unser Volk so furchtbar schädigende Wirksamkeit einen ebenso erbitterten Kampf führen, wie einst Gotthold Ephraim Lessing gegen die Herrschaft der Franzosen auf unsere Bühne — und dieser Kampf würde gewiß nicht leichter sein als jener . . . Wenn dabei Bartels die Frage aufwirft, ob er vielleicht Anspruch darauf erheben könne, wenn nicht als dieser neue Lessing selbst, so doch als sein Vorläufer und Wegbereiter zu gelten, so sind wir keineswegs geneigt, ihm deshalb Ueberhebung vorzuwerfen; wir sind vielmehr vollkommen überzeugt, daß dieser neue Lessing die wesentlichen Züge wird mit Bartels gemein haben müssen, und daß Bartels' Kampf gegen die jüdische Fremdherrschaft im deutschen Schrifttum schon heute mit Lessings Kampf gegen die Franzosenherrschaft auf unserer Bühne in Vergleich gestellt werden darf."

* * *

Auch in der „Deutschen Zeitung" vom 9. November werden neue Werke von Ad. Bartels besprochen. Das Buch „Die besten deutschen Romane" mit der Einleitung „Welche Romane muß man

als Deutscher lesen?" wurde bereits in 30 000 Exemplaren abgesetzt. Der Kritiker der „Deutschen Zeitung", August Püringer, zieht folgende Schlußfolgerung:

„Wenn heute bereits einige Hunderttausende bei Bartels anfragen, was sie lesen sollen, um sich geistig zu erquicken und gleichzeitig zu fördern, werden es morgen zehnmal hunderttausend sein, und übermorgen werden die Totschweiger unserer deutschen Geisteswerser einpacken müssen, weil sie unter Fremdengesetz gestellt sind, wohin sie längst gestellt gehören und unter dem sie gewiß schon stünden, würden auch gestern und vorgestern schon zehn Millionen statt zehntausend Deutsche bei Adolf Bartels angefragt haben, wo sie sich ihre heilsamsten seelischen Anregungen holen können!"

8. Bodelschwingh über Semitismus.

Die christliche Missionszeitschrift „Beth-El" veröffentlicht in ihrer September-Oktober-Nummer 1921 unter der Ueberschrift „Vor dreißig Jahren" eine Reihe von Briefen des Pastors F. v. Bodelschwingh, unter welchen der folgende für uns von besonderem Interesse ist:

Ueber Semitismus.

Aus einem Briefe September 1891.

„Wenn unter Semitismus eine Lebensanschauung verstanden wird, welche unter Hintansetzung von Religion, Moral und Vaterlandsliebe und jeder Toleranz gegen andere den nackten Materialismus, den Dienst des Mammons und zwar auf Kosten der rücksichtslosesten Ausbeutung seines Nächsten auf ihre Fahne schreibt, eine Lebensanschauung, die leider in diesem Jahrhundert weiter und weiter um sich greift, so werden Sie mit mir einverstanden sein, daß eine solche Richtung alle edlen Kräfte zur Abwehr aufrufen muß, und daß es keine edlere Aufgabe geben kann, als den Kampf gegen solche Verwüster der Menschheit. Ein anderes ist es, ob die Wahl des Namens „Semitismus" eine ganz richtige ist. Denn leider greift diese Lebensanschauung in allen Kreisen, auch unter den Christen, um sich und ist zu bekämpfen, wo sie nur immer gefunden wird. Diese Lebensanschauung hat sicherlich direkt nichts zu schaffen mit der Religion Israels und mit ihrem Stifter, dessen Gesetz richtig von jenem Schriftgelehrten zusammengefaßt war: „Du sollst lieben Gott, deinen Herrn, von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von ganzem Gemüt und deinen Nächsten als dich selbst."

Zur Bekämpfung dieser materialistischen, unser Vaterland erschütternden Lebensanschauung bedarf es anderer Waffen, als wie sie beispielsweise der hiesige Verein gewählt hat. Nur mit heiligen und reinen Waffen kann hier der Sieg gewonnen werden. Soweit meine Augen sehen, strebt in der Tat der größere Teil der Israeliten darnach, dem Gebot der Gottes- und Nächstenliebe treu zu bleiben und es ist darum unrecht, um einer Minorität willen einen ganzen Stamm zu brandmarken. Auf der anderen Seite kann man aber auch die Augen nicht dagegen verschließen, daß die eigentlichen Führer und Bahnbrecher jener traurigen Weltanschauung in ganz hervorragendem Maße im Judentum zu suchen sind, womit die Christen in keiner Weise zu entschuldigen sind, welche sich von ihnen auf diese Bahn haben führen lassen, und noch weniger diejenigen, welche um der kleinen Minorität willen verächtlich und lieblos mit ihren israelitischen Mitbürgern umgehen."

Wenn aber B. im weiteren Verlaufe seines Briefes Beispiele von schlechten Juden bringt, so kann er nicht umhin seine Zeilen mit den Worten zu schließen:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Art der Ausbeutung des Unglücks des Nächsten in einem ganz überwältigenden Maße von solchen Personen aus dem Volke Israel getrieben wird, die an dem Glauben ihrer Väter und dem Gesetz Gottes abtrünnig geworden sind."

9. Die weißen und die schwarzen Deutschen.

Aus einer Rede Lettow-Vorbecks.

In der Nummer 41 der Demokratischen Blätter (Wochenschrift der Deutschen Demokratischen Partei in Mecklenburg-Schwerin) vom 13. 11. 21 findet sich folgende Notiz:

„General Lettow-Vorbeck und die Deutschvölkischen.

Aus Halle wird uns geschrieben: Am 6. November sprach hier in einer vom deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund einberufenen Versammlung der General von Lettow-Vorbeck über den Wert der deutschen Kolonien. Am Eingange zum Versammlungsraum hatten die Schutz- und Trutzbündler große Plakate mit der Aufschrift: „Juden und Judenknechten ist der Eintritt verboten" angebracht. Drinnen im Saal aber konnte der Redner nicht genug Worte des Lobes über die schwarzen deutschen Soldaten finden, die er als gute und gleichwertige Deutsche anerkannte. Der Kontrast, der zwischen dieser Auffassung Lettow-Vorbecks, der keinen Unterschied zwischen weißen und schwarzen Deutschen machte und der gehässigen Kampfesweise unserer deutsch-völkischen Antisemiten gegen die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens zutage trat, scheint beiden nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. An den draußen hängenden Schmähplakaten hat General von Lettow-Vorbeck augenscheinlich keinen Anstoß genommen, drinnen im Saal umjubelte man ihn und schwenkte über ihm die Kriegsflagge. Es geht doch nichts über deutschvölkische Konsequenz!"

10. Zeitungsverbote.

Nach § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 können periodische Druckschriften nur dann verboten werden, wenn ihr Inhalt zur gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der republikanisch-demokratischen Verfassung oder verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reichs oder eines seiner Länder, zu Gewalttaten gegen Personen des öffentlichen Lebens, zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden auffordert oder anreizt. Das gleiche gilt für periodische Druchschriften, deren Inhalt eine Billigung oder Verherrlichung solcher Handlungen darstellt oder die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer dem inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich macht.

11. Kreisblätter.

Ein amtliches Kreisblatt der Provinz Hannover brachte vor einiger Zeit einen Bericht über eine Versammlung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, der von Angriffen und Verleumdungen gegen die Juden und die Demokratische Partei strotzte. Da dieses Kreisblatt durch Wiedergabe solcher Behauptungen die amtliche Unparteilichkeit nicht gewahrt hat, beschwerte sich die Demopartei beim Landrat, erhielt aber keine Antwort. Auf die Eingabe an den Regierungspräsidenten und in weiterer Folge an den Oberpräsidenten ging von diesem folgende Antwort ein:

„Auf die an den Herrn Regierungspräsidenten in Lüneburg gerichtete Eingabe vom 6. d. M., betr. die „Lüchower Kreiszeitung" erwidere ich, daß eine Einwirkung seitens des Kreises auf die politische Haltung des Kreisblattes mangels vertraglicher Bindung der Zeitung nicht möglich ist, die dortseits gewünschte Einwirkung auf die Redaktion daher unter diesen Umständen nicht erzwungen werden kann.

Ich weise noch darauf hin, daß diese Zustände zurzeit Gegenstand eingehender Erwägungen bilden, über deren Ergebnis dem Herrn Minister des Innern berichtet werden wird.

Der Oberpräsident Hannover. Am 12. Oktober 1921."

Wir bringen diesen Entscheid unseren Mitgliedern unter Bezugnahme auf Ziffer 15 in Heft 3 der „Mitteilungen" vom 14. März 1921 zur Kenntnis, um zu zeigen, wie verschiedenartig die Auffassung der Regierungsstellen in den verschiedenen Provinzen ist.

12. Preiswucher.

Anläßlich der Preistreibereien im Kartoffel- und Getreidehandel taucht in der Presse immer wieder die Beschuldigung auf, die Juden seien die ärgsten Schieber. In Thüringen ist man diesen Gerüchten auf die Spur gegangen und hat festgestellt, daß kein einziger jüdischer Händler an der Wucherei beteiligt war.

Auf Grund einer besonders belastenden Notiz über Wucher im Kartoffelhandel haben wir uns an die Zentrale des Pommerschen Kartoffelhandels in Stolp gewandt und von dort folgenden Bescheid bekommen:

„Es trifft zu, daß sich in den Pommerschen Zentren des Kartoffelhandels sehr viele, auch wilde Händler besonders aus dem Westen eingefunden haben, und daß im ganzen 100 Aufkäufer festgenommen und 7 wegen mangelnder Handelserlaubnis in Haft behalten worden sind. Von einer irgendwie nennenswerten Beteiligung jüdischer Aufkäufer kann schon deshalb keine Rede sein, weil die Großgrundbesitzer den Geschäftsverkehr mit ihnen ablehnen. Von der Anwendung der Paragraphen gegen Kettenhandel und Wucher scheint sich der Staatsanwalt wenig Erfolg zu versprechen. Er sollte sich immerhin auch die Herren Landwirte ansehen, die ihre Kartoffeln einmieten, wenn sie nicht die hohen geforderten Preise erhalten. Zur Ehre der alteingesessenen, jüdischen Firmen kann durchaus gesagt werden, daß sie sich während der ganzen kritischen Jahre tadellos geführt haben. Die Geschäftspraxis mancher jungen, aber schnell in Mode gekommenen arischen Händler könnte sich daran ein Beispiel nehmen." So soll z. B. eine Thüringer Organisation, die man wohl kaum als jüdische Organisation bezeichnen kann, den Vogel in der Preistreiberei abgeschossen haben.

* * *

Der „Miesbacher Anzeiger" beschäftigt sich in seiner Nummer 247 vom 23. Oktober 1921 in einem „Mehr völkisches Empfinden" überschriebenen Artikel mit dem Ausverkauf Deutsch-österreichs durch bayerische Grenzbewohner. Es heißt da:

„Recht so! man sollte aber nicht nur die Waren beschlagnahmen, sondern auch die Namen derjenigen, die so schamlos die Konjunktur ausnützen, an den Pranger stellen. Ist es nicht genug, daß das österreichische Volk von den Juden ausgesaugt und ausgebeutet wird? Man muß billigerweise auch von den bayerischen Grenzbewohnern mehr völkisches Empfinden fordern. Möchten doch die Pfarrer der Grenzorte in ihren Predigten auch einmal darauf hinweisen, daß es auch ein Verstoß gegen die christliche Nächstenliebe ist, wenn derartige Einkäufe gemacht werden. Eine Schärfung des Gewissens auch in diesen Fragen würde nicht schaden."

13. Antisemitische Schriftenverteilung in Eisenbahnzügen.

Einem Ausschnitt aus der in Singen (Baden) erscheinenden Zeitung „Volkswillen" — Datum und Nummer war leider nicht zu ermitteln — entnahmen wir, daß auf badischen Eisenbahnen antisemitische Schriften aus dem bekannten Verlag Karl Rohm in Lorch verteilt würden. Auf eine Eingabe unseres Landesverbandes in Karlsruhe an die Eisenbahngeneraldirektion ging folgender Bescheid ein:

„Die Verteilung von Flugblättern in den Eisenbahnzügen ist auch für den Bereich der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe verboten. Das Zugpersonal ist angewiesen, auf Einhaltung des Verbotes streng zu achten. Bei Nichtbeachtung in Einzelfällen wird ein Hinweis durch den Reisenden an das Zugpersonal genügen, um die sofortige Einstellung der Verteilung zu veranlassen.

Nach den gemachten Erhebungen hat ein Beamter in Konstanz eine Kravattennadel in Form des Hakenkreuzes während des Dienstes getragen.

Dies ist ihm untersagt worden."

Der Schlußsatz der Antwort bezieht sich auf eine diesbezügliche Eingabe des Landesverbandes.

14. Landrat a. D. von Hertzberg-Lottin.

Der Landrat v. Hertzberg-Lottin macht im Interesse des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes eine Vortragsreise durch den Bezirk des Landesverbandes Rheinland-Westfalen. Seine Vorträge gipfeln in z. T. recht sinnlosen Angriffen gegen die Juden. Wir sind im Besitz einer Inhaltsangabe seiner Vorträge. Abdrücke können auf Wunsch gegen Erstattung der Kosten abgegeben werden.

15. Der Antisemit Ellegard-Ellerbeck.

Am 5. November 1920 sprach in Greifswald in einer lange vorher angekündigten Versammlung Ellegard Ellerbeck, der ursprünglich Gustav Leisner hieß, über

das Thema: „Deutsches Blut und jüdischer Geist". Daß in diesem Vortrag Sätze vorkamen wie „Die größte Gefahr liegt in der Ansteckung der Deutschrassigen durch den jüdischen Geist, deren Frucht der Materialismus ist" oder „Der Judengeist mit seiner materialistisch zersetzenden Wirkung hat uns in diesen moralischen und wirtschaftlichen Tiefstand gebracht" oder „Der Jude in uns ist der schlimmste Feind, und die einzige Rettung ist, diese Gefahr in uns zu erkennen", wird nicht Wunder nehmen. Gerade diese Sätze aber benutzte einer unserer Freunde in Greifswald, um in einer Notiz im Greifswalder Tageblatt Nr. 264 vom 9. November 1921 „Deutscher Geist und jüdischer Geist" mit der Unterschrift civis academicus zu betonen, daß zufolge einer Erklärung von Theodor Fritsch im „Hammer" vom 1. August 1920 Ellerbeck unglaubhafte Verschwendung getrieben, ja sogar eine wohlhabende Familie, in der er die Frau mit seiner Suggestivkraft an sich band, um ein Vermögen gebracht hat durch schrankenlose Ausbeutung des Verhältnisses. Herr Ellerbeck aus Zinnowitz beantragte hierauf Erhebung der öffentlichen Klage gegen die Schriftleiter des Greifswalder Tageblatts, die aber sowohl vom Staatsanwalt wie auch nach erhobener Beschwerde vom Generalstaatsanwalt abgelehnt wurde. Nun erhob sein bisheriger juristischer Vertreter für ihn Privatklage. In der dieserhalb seit April 1921 währenden Voruntersuchung stellte der Vertreter des Beklagten ein Beweismaterial zusammen, das für Ellerbeck niederschmetternd ist. Es sollte Beweis dafür in Aussicht gestellt werden,

daß Ellerbeck Personen unter Ausnutzung ihrer Neigungen zu mystischen und okkulten Dingen zur Hergabe von Geldmitten zu bewegen versuchte, die er dann im eigenen Interesse verwendete;

daß er sich Eingriffe in die Vermögens- und Eigentums-Rechte anderer Personen hat zu Schulden kommen lassen;

daß er Beziehungen zu einer verheirateten Frau in schamloser Weise in seinem finanziellen Interesse ausgebeutet hat;

daß er bewußt unwahre Behauptungen über Spukgeschichten vorgebracht hat.

Leider wurde das Verfahren eingestellt, und die Kosten wurden dem Kläger zur Last gelegt, weil dieser die Klage zurückgenommen hat. Der Wortlaut des betr. Schreibens des Herrn Ellerbeck ist charakteristisch, aber auch so lächerlich, daß wir es deshalb im Wortlaut hier anführen:

„Nachdem, wie ich nicht anders auf Grund zwanzigjähriger Erfahrung erwartet habe, das Officialverfahren für mich gegen jüdische Verleumder abgelehnt worden war, hat mir so sehr jedes Vertrauen dazu gefehlt, daß ich auf Grund des bei uns noch geltenden römisch-jüdischen Rechtes zu meinem deutschen Rechte kommen könnte, daß ich keinem und nirgendwo den Auftrag gegeben habe, für mich einen Privatbeleidigungsprozeß anhängig zu machen.

Es ist mir daher völlig rätselhaft, wie ein solcher Prozeß geführt werden kann, da eine Vollmacht von mir nicht vorliegen kann, zumal ich monatelang verreist war.

Außerdem teilt mir Dr. Tramm kürzlich mit, daß er meine Vertretung niederlege. Dabei handelt es sich um einen Irrtum, denn ich habe zu einem Privatbeleidigungsprozeß, solange dies Recht existiert, noch niemals die Vollmacht gegeben und kann sie nicht geben, ohne nicht meinen sämtlichen Werken ins Gesicht zu lachen.

Selbst ein Versuch, sie zu geben, der unter augenblicklichen Stimmungen vielleicht möglich wäre und vielleicht auch gemacht worden ist, würde nie zu der Unterschreibung einer Vollmacht gedeihen, da ich mich rechtzeitig darauf besinnen würde, daß für mich ein solcher Prozeß eine Verhönnung meiner eigenen Lehren sei".

Wir sind gespannt, ob Ellegard Ellerbeck (Gustav Leisner) es wagen wird, noch einmal in der Oeffentlichkeit aufzutreten.

16. Büro für moderne Aufklärung.

Von einem „Büro für moderne Aufklärung" (vormals Leo Steinberg) Berlin N. 20, Prinzen-Allee 62/63 I wird ein mit „streng vertraulich" bezeichnetes Rundschreiben versandt, in dem auf das gefahrdrohende Anwachsen der antisemitischen Bewegung hingewiesen und um Geldmittel gebeten wird. Wir warnen auf das dringendste vor diesem Schwindelunternehmen, gegen das bereits eine polizeiliche Untersuchung im Gange ist. Material steht auf Anfordern bei der Zentrale zur Verfügung.

17. Sie wollen keine Pogrome.

Der „Völkische Beobachter" vom 29. Oktober bringt folgende Notiz:

„Es wird wahrlich immer schöner.

Die Filmzeitung der „M. N. R." Nr. 440 bringt die kurze Mitteilung: „Ein neuer jüdischer Film". Schriftsteller Ad. Gelber verfaßt im Auftrage einer Wiener (!!) Filmfirma einen Film „Die Sendung Israels".

Die Leinwand, über welche der Film laufen wird, kann kein Schnee und keine Sonne mehr bleichen, und es wüchse eine Lügenbrut heran, wenn darauf Kinderwindeln gemacht würden. Die Sendung Israels! Würde die Wahrheit in diesem Film dargestellt, ein Pogrom müßte durch die Lande flammen, daß selbst die Kuponscheren der Rost auffräße! Die Angst vor dem Pogrom diktierte diesen Auftrag, und wir werden wohl Gelegenheit bekommen, die zur Darstellung kommenden Typen um ihre edlen Charaktere zu beneiden, wenn sie der Wahrheit entsprechen würden. Wir kennen die Sendung Israels. In Rußland ist sie bereits ans Ziel gelangt."

Kommentar erübrigt sich.

18. Antisemitische Wahrhaftigkeit.

Am 2. März 1921 hatten ein gewisser Krumm, Vorsitzender der Ortsgruppe Karlsruhe des Schutz- und Trutzbundes und Zimmermann, Mitglied der genannten Ortsgruppe, sich vor dem Schöffengericht in Karlsruhe zu verantworten.

Der Angeklagte Krumm hatte Ende März 1920 zum Mitangeklagten Zimmermann in Karlsruhe den Entwurf eines Flugblattes folgenden Inhalts gebracht:

„Glänzender Verdienst!
Demokraten vor die Front!
Jeder, der bereit ist, als „Fünf-Minuten-Redner" „judenfreundliche" Reden zu halten und das Verbrechen Judas am deutschen Volke zu verschleiern, stelle sich gegen hohe Entschädigung zur Verfügung bei Justizminister a. D. Schiffer, Berlin.
Ortsstelle Karlsruhe
Staatsrat Marum,
Max Homburger."

Die Unterschriften „Staatsrat Marum" und „Max Homburger" sind willkürlich aufgesetzt worden.

Der Angeklagte Zimmermann druckte in seiner Druckerei das Flugblatt in einer Auflage von 2000 Stück. Er ist dafür von Krumm bezahlt worden.

Auf Veranlassung des Angeklagten Krumm wurde das Flugblatt Ende März oder Anfang April 1920 auf öffentlichen Straßen und Plätzen Karlsruhes von der Jungmannschaft des Schutz- und Trutzbundes an das Publikum verteilt.

Krumm, der schon wegen Urkundenfälschung vorbestraft war, wurde wegen Beleidigung des Staatsrats Marum und des Rechtsanwalts Homburger zu drei Wochen Gefängnis, Zimmermann zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde den Beleidigten Publikationsbefugnis in der „Karlsruher Zeitung" und in der „Süddeutschen Zeitung" zugesprochen.

Gegen dieses Urteil wurde von den beiden Angeklagten Berufung eingelegt. Diese Berufung wurde von der Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe in der Sitzung vom 10. Juni 1921 zurückgewiesen. Das Urteil ist rechtskräftig geworden.

19. Zur Naumannfrage.

Der als spezifisch nationaldeutscher Dichter und Schriftsteller geschätzte Herr Leo Löwy aus Breslau hat auf ein Werbungsschreiben des Verbandes nationaldeutscher — lies: Naumannscher — Juden eine ablehnende Antwort erteilt, aus welcher wir folgenden Satz wortgetreu zur öffentlichen Kenntnis bringen: „Der Osteuropäische Jude kann mich im großen und ganzen aus deutschnationalem und neukulturellem Gefühl heraus anwidern — obwohl es auch dort Mengen von Ausnahmen gibt, die kulturell und sittlich hochstehen und für deutsche Kultur und Macht schwärmen — als Glaubensgenossen kann und darf ich ihn nicht wie ein Nichts erachten, darf ihm nicht meinen Schutz verweigern! Ich bin als Deutscher zu stolz dazu, so niedrig zu denken! Daß es bei vorhandenem staatlichen Interesse meines deutschen Volkes ohne Belang ist, ob Gegner Juden oder Christen sind, ist selbstverständlich, das hindert aber kein dem Vaterland unschädliches Eintreten für Glaubensgenossen!"

20. Die Gedenktafel für die gefallenen jüdischen Soldaten.

Mitte September baten wir durch ein Rundschreiben unsere Landesverbände, den Gemeinden ihres Bezirks nahezulegen, Denkschriften über eine stattgehabte Feier zur Einweihung einer Gedenktafel oder dergleichen zu Ehren der gefallenen jüdischen Soldaten zu verfassen und uns in zwei Exemplaren zuzusenden. Wir wollen diese Denkschriften in einem Ehrenschrein vereinigen und in der Bibliothek der Nachwelt erhalten. Leider haben wir außer aus Nürnberg und Leipzig bisher gar keine Denkschriften erhalten; Gelsenkirchen berichtet nur in einer Zeitungsnotiz über die Einweihung einer Gedenktafel. Wir bitten daher die Ortsgruppen, bei den Gemeinden dahin vorstellig zu werden, daß diese Ehrung unserer gefallenen Glaubensgenossen und die Erhaltung ihrer Namen in unseren Archiven tatsächlich verwirklicht werden kann.

21. Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht.

Auf verschiedene Anfragen teilen wir mit, daß Fragen pädagogischer Art, die sich auf das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht oder auf die Reichsschulkonferenz beziehen, durch uns gerichtet werden können, da der Central-Verein Mitglied des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht ist.

22. Rieger, Vom Heimatsrecht der deutschen Juden.

Von verschiedenen Seiten werden wir auf die hervorragende Eignung der im Philo-Verlag erschienenen Rieger'schen Broschüre „Vom Heimatsrecht der deutschen Juden" (Sammlung das „Licht", Heft 4) zur Versendung an gebildete christliche Kreise hingewiesen. Obwohl wir schon in unserem Rundschreiben vom 2. Oktober eine solche Verbreitung dringend angeraten haben, möchten wir heute dies noch einmal betonen. Insbesondere kommen Lehrer, Beamte, Geistliche, Redakteure usw. als Empfänger in Frage. Der Preis beträgt 3 Mk., bei 50 Exemplaren 2,50 Mk., bei 100 Exemplaren 2,25 Mk. Bei großen Bestellungen bitten wir, mit dem Philo-Verlag gesondert zu verhandeln.

23. Zur Beachtung.

Es bedeutet eine Arbeitsersparnis der Zentrale, wenn unsere Freunde von wichtigen Schreiben, die sie dem Landesverband oder einer Ortsgruppe einsenden, gleichzeitig uns eine Kopie zugehen lassen.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß bei Telegrammen als Adresse „Centralglauben, Berlin" genügt.

* * *

Wir machen darauf aufmerksam, daß in Zukunft unverlangt eingegangene Manuskripte nur dann zurückgeschickt werden, wenn Rückporto beiliegt.

24. Presseschau.

Die **„Süddeutsche Presse"** vom 21. Oktober d. Js. druckt unter der Ueberschrift „Für ein ungeteiltes Oberschlesien" ein ihr zugegangenes Schreiben des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe München, ab. In demselben protestiert der Centralverein gegen die Störung der gemeinsamen Kundgebung aller politischen Parteien für ein ungeteiltes Oberschlesien durch die antisemitische Hetze der nationalsozialistischen Partei und weist darauf hin, dass gerade die oberschlesischen Juden ihre Pflicht gegen das deutsche Vaterland in ganz hervorragendem Masse getan hätten. Als Beweis dafür könne sogar das Zeugnis der „Deutschen Tageszeitung" angeführt werden, die die Pflichterfüllung der oberschlesischen Juden anerkannt hat. Selbst durch das Auftreten des Freikorps Oberland hätten sich die Juden nicht in ihrer Treue gegenüber dem Vaterlande wankend machen lassen.

Verantwortlich: Syndikus Dr. Ludwig Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.